

Beschluss

TOP I.1 e Eintreten gegen fremdenfeindliche Hetze im Internet

Berichterstattung: Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Schleswig-Holstein

1. Die Justizministerinnen und Justizminister betrachten mit Sorge die Auswüchse von Hass, Vorurteilen und Intoleranz in sozialen Netzwerken, aber auch in den Kommentarfunktionen der Internetauftritte von Publikationsorganen.
2. Diese Äußerungen können in hohem Maße geeignet sein, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Soweit sie strafrechtlich relevant sind, müssen sie konsequent bekämpft werden.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister haben die verschiedenen Aktivitäten der Länder und des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz zur Verfolgung von Straftaten im Internet erörtert. Sie nehmen den Bericht des Bundesministers über die Gespräche mit Facebook und anderen sozialen Netzwerken zur Kenntnis. Sie bitten die Bundesregierung, weiter zu prüfen, ob die bisherige Rechtslage ausreichend geeignet ist, die Menschenwürde der betroffenen Individuen und den öffentlichen Frieden zu schützen.